

Auf dem Weg zu einer neuen Partei links vom neoliberalen Allparteienkonsens

Anmerkungen zum Entwicklungsstand und den Erfolgsaussichten der WASG (Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit)

Stand: 2. November 2004

von
Egbert Scheunemann

Als im Frühjahr dieses Jahres einige linksorientierte Gewerkschafter, hauptsächlich aus dem Nürnberger Raum, und ein Hamburger Professor der Wirtschaftswissenschaft, alleamt altgediente Sozialdemokraten, eine *Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit* gründeten, passierte zur großen Überraschung der verdutzten Initiatoren Sensationelles: Die Presse meldete sofort auf ihren Titelseiten eine *Linksabspaltung* von der SPD, und in den Abendnachrichten im TV wurden an erster Stelle Ausschnitte einer Pressekonferenz gesendet, auf der die sichtlich vom Medienrummel konsternierten Initiatoren unter anderem mit der Frage konfrontiert wurden, wie sie denn auf die inzwischen auch schon ausgesprochene Drohung der SPD-Führung mit Parteiausschlüssen zu reagieren gedächten.

Diese heftige und schnelle Reaktion der zunächst neutral bis gelegentlich sogar freundlich berichtenden Medien wie der umgehend schroff ablehnend eingestellten SPD-Führung war, was den konkreten Zeitpunkt betraf, in der Tat überraschend. Die Intensität dieser Reaktion deutete aber auch darauf hin, dass die Gründung einer solchen Initiative oder, wie man will: Partei oder Bewegung, seit langer Zeit schon quasi in der Luft hing. Alles, was in irgend einer Weise mit (linker) Politik zu tun hat – die politische Restlinke, viele Gewerkschafter, Sozialwissenschaftler oder Journalisten –, wunderte sich schon seit geraumer Zeit, warum der lähmende Schock über den Verrat der Sozialdemokraten an allen ihren sozialen Grundsätzen (im Volkesmunde auch „Agenda 2010“ oder „Hartz IV“ genannt) nicht schon viel früher in heftigen Protest umschlug. Als es dann geschah, ging regelrechtes Aufatmen durchs (links orientierte) Land. Endlich!

Nun, es ging aber spätestens dann auch die erste Angstwelle bei den, sagen wir: Etablierten durchs Land. Die SPD machte ihre Drohungen wahr und sprach erste Parteiausschlüsse aus. Erste hämische Kommentare in der Bürgerpresse waren ebenso zu lesen wie erste ‚Entlarvungen‘ vieler Mitstreiter – der im Frühsommer mit der Berliner *Wahlalternative 2006* zur WASG fusionierten Initiative – als ehemalige „Kommunisten“ oder Schlimmeres. Auch diese Wendung der Dinge überraschte kaum. Man fühlte sich an so manches erinnert, was die Entwicklung der Grünen aus den Neuen sozialen Bewegungen und Resten der studentischen Linken Anfang der 1980er Jahre begleitete.

Die heftige Reaktion der Medien und der SPD war natürlich auch Folge der Tatsache, dass es sich bei der WASG in keiner Weise um eine linkssektiererische Splittergruppe handelt. Das war allen sofort klar. Initiatoren wie Mitglieder der WASG (derzeit knapp 5500 bundesweit) stammen aus dem linken sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kern oder aus dem großen Reservoir der wirtschafts- wie sozialpolitisch höchstgradig Enttäuschten (und tendenziell also Nichtwähler) aus vielen anderen sozialen und politischen Bewegungen (Grüne, Attac, Frauen-, Friedens- oder Ökologiebewegung etc.), ja gelegentlich sogar aus dem christlich-sozial orientierten Arbeitnehmerflü-

gel der CDU/CSU. Das ist der Grund, warum seriöse Meinungsforschungsinstitute der WASG schon im Frühjahr aus dem Stand 15 Prozent Stimmenanteil und ein Wählerpotenzial von bis zu 38 Prozent prophezeit haben.

Man bedenke bei der Einschätzung der Erfolgsaussichten der WASG einfach ein paar Zahlen: Fast die Hälfte der Wähler geht – vor allem auf Landes- und Kommunalebene – nicht mehr zur Wahl. Rein rechnerisch bedeutet dies, dass die CDU, die noch vor wenigen Wochen bei etwa 44 Prozent Wähleranteil lag, urplötzlich bei nur noch 22 Prozent liegen würde, gingen alle derzeitigen Nichtwähler wieder zur Wahl und wählten *nicht* CDU! Natürlich sind nicht alle Nichtwähler linksorientiert. Aber die SPD hat seit der letzten Bundestagswahl etwa 20 Prozent ihrer Wählerschaft verloren – und bestimmt keine rechten Kanalarbeiter. Irgendwo lauert dieses Potenzial. Rechnet man dann noch jeweils zwei bis fünf Prozent hinzu, die die WASG von enttäuschten CDU-Wählern (aus der sozialen Blüm-Ecke etwa) und von noch viel enttäuschteren, sozial orientierten Grünen-Wählern bekäme – nun, dann ist es durchaus nicht utopisch zu sagen, dass in diesem Lande eine linke Mehrheit jenseits des bürgerlichen Lagers möglich ist. Und zwar um die WASG herum! Die Prognose eines Wahlergebnisses 2006, das da lautet *WASG 19 %, SPD 18 %, Grüne 8 % und PDS 5%*, ist also nicht unbedingt Ausdruck politischer Phantasterei, sondern durchaus nüchterner, durchaus realistischer Wahlarithmetik.

Bis 2006 ist es für die WASG, ist es für *alle* Parteien aber noch ein langer Weg. Politische Großereignisse (11. September 2001, Irak-Krieg, Überschwemmungskatastrophe in Ostdeutschland, Terroranschläge in Madrid etc.) können, wie wir wissen, sicher geglaubte Mehrheiten schnell in Minderheiten verwandeln. Und ob der Konsolidierungsprozess der WASG so zügig und relativ problemfrei wie bislang (sieht man von den Querelen in der Berliner WASG einmal ab) weitergehen wird, kann man nicht wissen. Es sieht aber alles danach aus. Am 22. November 2004 wird in Nürnberg die erste Bundesdelegiertenkonferenz des *Vereins* stattfinden, der die WASG nach wie vor ist, und im Februar/März nächsten Jahres wird dann, falls alles nach Fahrplan läuft, nach einer Urabstimmung die Partei gegründet werden. Man darf gespannt sein auf das Ergebnis des ersten Rankings der Partei durch die Meinungsforscher („Sonntagsfrage“) – und man darf gespannt sein auf das Ergebnis der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr. Sicher ist es noch nicht, dass die WASG in NRW antritt. Aber eine große Mehrheit im größten Landesverband scheint dazu, wie man hört, wild entschlossen zu sein.

Politik wird wieder interessant. Der neoliberale Allparteienkonsens scheint zu bröckeln. Mehr und mehr Menschen glauben den neoliberalen Parolen nicht mehr: dass Deutschland seine internationale Wettbewerbsfähigkeit *wieder* herstellen müsse durch Lohn- und Sozialkürzungen – obwohl Deutschland seit langen Jahren unangefochtener *Exportweltmeister* ist; dass die wachsende Zahl der Rentner eine Bedrohung für uns alle darstelle und Rentenkürzungen also unvermeidlich seien – obwohl die Produktivität unserer Wirtschaft drei bis fünf mal so schnell wächst wie der Anteil der Alten an der Bevölkerung; dass wir die Arbeitszeiten verlängern müssten – obwohl die Roboter und Produktionsautomaten uns immer mehr Arbeit abnehmen; dass die Spitzenverdiener immer mehr und die Armen immer weniger bekommen müssen, damit sich „Leistung endlich wieder lohnt“ und es mit unserem Land wirtschaftlich endlich wieder aufwärts geht – obwohl diese Politik, angewandt seit Jahrzehnten, die Massenarbeitslosigkeit immer weiter steigen ließ; dass wir den Gürtel enger schnallen müssen – obwohl das Sozialprodukt steigt und steigt und es also – bei zurückgehender Bevölkerungszahl – pro Kopf immer *mehr* statt weniger zu verteilen gibt; dass wir die Kosten des Gesundheitswesens radikal deckeln müssten – obwohl der Anteil dieser Kosten am Sozialprodukt seit Jah-

ren relativ konstant ist und gar eine Kostenexplosion in keiner Weise festgestellt werden kann; oder dass schließlich Sozialkürzungen notwendig seien aufgrund der hohen Staatsverschuldung – obwohl diese Staatsverschuldung vernachlässigbar gering wäre, wenn es all die Steuergeschenke für die Reichen, für die Unternehmer und Unternehmen (Senkung des Spitzensteuersatzes, Abschaffung der Vermögenssteuer, Senkung von Erbschafts- und Schenkungssteuer, Streichung der Gewerbesteuer, Minderung der Körperschaftssteuer, Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen etc.) nie gegeben hätte.

Liest man die bislang veröffentlichten programmatischen Aussagen der WASG (etwa ihr „Eckpunkteprogramm“) oder auch programmatische Papiere, die noch in der innerparteilichen Programmdiskussion zirkulieren (etwa ein umfangreicher, vor allem wirtschafts-, beschäftigungs- und sozialpolitisch breit angelegter „Hamburger Entwurf für ein Bundesprogramm der WASG“), dann scheint mit der WASG in der Tat eine politische Kraft links vom neoliberalen Parteienkonsens heranzuwachsen, deren politische Alternativen große Teile der eher sozial und links orientierten Wahlbevölkerung überzeugen könnten. Man darf, wie gesagt, gespannt sein.